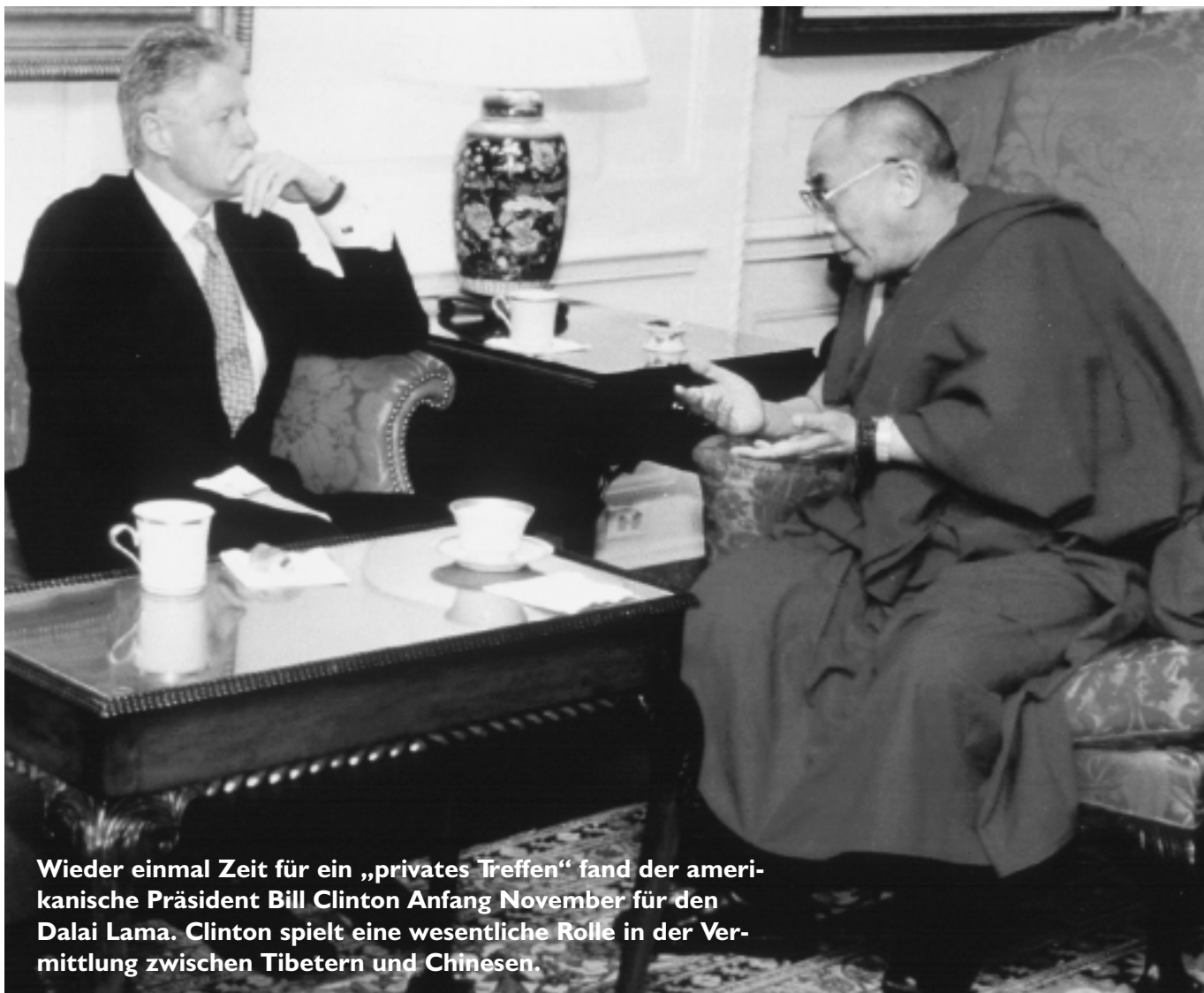


Gerüchteküche über Verhandlungen mit China – Dalai Lama pessimistisch

Ein Tag vor der Ankunft des Dalai Lama in Norddeutschland, am 24. Oktober 1998, versetzte eine Meldung Presse und Tibet-Szene in Erstaunen, wonach möglicherweise Verhandlungen zwischen der chinesischen und der tibetischen Führung in greifbare Nähe gerückt seien. Die Zeitung *South China Morning Post* hatte die Information in Umlauf gebracht. Darin wird Lodi

Provinz sei. Dazu, so war in der Hongkonger Zeitung zu lesen, wolle der Dalai Lama Stellung nehmen, um Verhandlungen über das Tibet-Problem von seiner Seite her anzustoßen. Der Privatsekretär des Dalai Lama, Kelsang Gyaltzen, der im Herbst mit dem Dalai Lama nach Deutschland gereist war, bestätigte, daß eine „konstruktive“ Erklärung in Arbeit sei, die noch dazu „Konzessionen



Wieder einmal Zeit für ein „privates Treffen“ fand der amerikanische Präsident Bill Clinton Anfang November für den Dalai Lama. Clinton spielt eine wesentliche Rolle in der Vermittlung zwischen Tibetern und Chinesen.

Foto: dpa

Gyari, Präsident der *International Campaign for Tibet* und früherer Parlamentarier in der tibetischen Regierung im Exil mit den Worten zitiert, beide Partner befänden sich in einer „Vor-Verhandlungsphase“, und S.H. der Dalai Lama bereite eine Erklärung zu Forderungen Jiang Zemin vor. Während der Chinareise des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im Sommer 1998 hatte Jiang Zemin bekundet, daß die Tür für Verhandlungen mit dem Dalai Lama offen stehe, wenn dieser anerkenne und öffentlich erkläre, daß Tibet ein Teil Chinas und Taiwan eine chinesische

an Peking“ enthalten solle, und daß informelle Kontakte zwischen Peking und Dharamsala bestünden. Lodi Gyari ließ sich in der *South China Morning Post* sogar zu der Aussage hinreißen, daß jetzt „die beste Möglichkeit für einen Durchbruch seit 1988“ gegeben sei.

Mittlerweile ist die Aufregung abgeebbt, und es ist kaum mehr als Ernüchterung geblieben. In einem Interview, das der Dalai Lama Anfang Januar 1999 dem „Time Magazine“ gab, dämpfte er die Hoffnung auf baldige Verhandlungen. Er sprach von „irritierenden Signalen aus

Peking“ in den letzten Wochen. Wichtige informelle Kontakte zwischen beiden Parteien seien zum Erliegen gekommen. Gleichzeitig, so das tibetische Oberhaupt, schlägt die chinesische Regierung einen härteren Kurs gegen Dissidenten und die Demokratiebewegung ein. „Es sieht so aus, als wachse der Einfluß der Hardliner,“ und zwar nicht nur in China, sondern auch in Tibet. Obwohl er sonst vor Optimismus sprüht, bekannte der Dalai Lama: „Ich bin sehr pessimistisch, was die nahe Zukunft betrifft. Auf lange Sicht jedoch bin ich immer optimistisch.“

Trübe Aussichten also für eine baldige Lösung des Tibetproblems. Die Äußerungen der Verantwortlichen in Peking hatte die Hoffnung auf ein Tauwetter bereits im November gedämpft. Sie reagierten wütend auf den Besuch des Dalai Lama in Washington, bei dem er nicht nur von Clinton, sondern auch von Al Gore und Madeleine Albright inoffiziell empfangen worden war. Nach Berichten der Nachrichtenagentur Xinhua warf der Sprecher des Staatsrates dem Dalai Lama „Unaufrichtigkeit“ vor, denn er instrumentalisiere seine Kontakte mit Peking, um die Weltöffentlichkeit auf seine Seite zu ziehen. Dahinter steckt Chinas Strategie, Verhandlungen über Tibet als „interne Angelegenheiten“ zu behandeln. Die Hardliner innerhalb der chinesischen Regierung wollen das Tibetproblem ohnehin lieber anders lösen: Repression der tibetischen Unabhängigkeitsbewegung zusammen mit der massenhaften Ansiedlung von Chinesen und irreversiblen ökonomischen Reformen – dies war die Strategie der letzten Jahre, und sie ist es noch. Der Dalai Lama sieht einen Machtkampf zwischen hartgesottenen und gemäßigten Politikern innerhalb der chinesischen Führung. Die einen warten nur darauf,

daß der Dalai Lama stirbt und damit auch der Widerstand der Tibeter. Die anderen sind an einer Lösung des Tibetkonflikts interessiert, die ohne den tibetischen Friedensnobelpreisträger als Integrationskraft kaum möglich ist.

Dennoch geben die Tibeter ihre Vision nicht auf. Samdhong Rinpoche, der Präsident des tibetischen Parlaments im Exil, denkt laut darüber nach, wie ein Kompromiß mit der chinesischen Regierung aussehen könnte. Er möchte Autonomie, definiert als „ethnische tibetische Kontrolle“. Während die Tibeter die Zentralregierung in Peking anerkennen und ihr die Außen- und Verteidigungspolitik überlassen, müßten die Tibeter die vollständige Kontrolle über Wirtschafts-, Kultur-, Sozial- und Bildungspolitik erhalten. Ein Hauptthema von Verhandlungen müsse die Territorialfrage sein: „China hat unser Land in sechs Teile gespalten. Wir wollen, daß diese sechs Regionen eine einzige zusammenhängende Einheit werden, die der Rechtsprechung des tibetischen autonomen Rates unterstehen.“ Viel Geduld wird nötig sein, um angesichts der neuesten Entwicklungen nicht zu verzagen. Erst Anfang Januar 1999 kündigte das „Propagandabüro“ der Kommunistischen Partei in Lhasa einen verschärften Kampf gegen die Religion an. In einer auf drei Jahre angelegten Kampagne soll gegen den Buddhismus und „für den Atheismus“, gemeint ist die ausdrückliche Abkehr von Religion, mobil gemacht werden. Der Atheismus ist nach Auffassung der Parteistrategen notwendig, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region voranzutreiben und den Einfluß des Dalai Lama zurückzudrängen. Nach einer Annäherung zwischen Chinesen und Tibetern sieht dies wahrlich nicht aus.

Birgit Stratmann

Zwangspensionierung tibetischer Mönche

Ein Novum in der Geschichte Tibets ist die Pensionierung von Mönchen. In einem Kloster in Qinghai zwangen die chinesischen Behörden Mönche über 60 Jahre, in Pension zu gehen und das Kloster zu verlassen. Nach Einschätzung des *Tibet Information Network (TIN)*, London, ist die Maßnahme vor dem Hintergrund des Bestrebens zu sehen, die Zahl der Mönche und Nonnen in Tibet weiter zu begrenzen und das religiöse Leben zu kontrollieren. Die älteren, erfahreneren Mönche spielen eine besondere Rolle in der Überlieferung der buddhistischen Religion. Auch sind sie Träger vieler mündlicher Überlieferungen des tibetischen Buddhismus, um so schwerwiegender sind die Folgen, wenn sie nicht mehr im Kloster leben.

Die Chinesen schickten 49 Mönche im Alter von über 60 Jahren in den Ruhestand. Sie lebten in einem Kloster in der Region Gonlung und sind jetzt vermutlich auf Unterstützung ihrer Familien angewiesen. Als Begründung für die Vertreibung nannten die chinesischen Behörden, daß die Pensionierung notwendig gewesen wäre, um „das Erziehungsmanagement des Klosters zu stärken“. 16 weite-

re Mönche unter 15 Jahren wurden aufgefordert, in ihre Dörfer zurückzukehren, um eine neunjährige Zwangserziehung zu durchlaufen. 12 Mönche im Alter von 16 und 17 Jahren wurden angewiesen, das Kloster zu verlassen, um in ihren Dörfern zu arbeiten. Somit sank die Zahl der Ordensmitglieder im Kloster auf 192. Die Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der kommunistischen Umerziehungskampagne, die seit Mai 1996 in den tibetischen Klöstern läuft und die das Ziel verfolgt, Mönche und Nonnen auf den chinesischen Staat einzuschwören und den Einfluß der Religion spürbar zurückzudrängen. bs



Foto: Archiv Tib. Zentrum

Ältere, erfahrene Mönche sind die Stützen des Klosters.

Abt des Klosters Kumbum hat Tibet verlassen

Einer der ranghöchsten religiösen Führer Tibets, Agya Rinpoche, hält sich in den USA auf. Seit der Massenflucht tibetischer Intellektueller im Jahre 1959 ist er einer der höchsten Geistlichen, die Tibet verlassen haben. Der 48-jährige Agya Rinpoche gilt bei den Tibetern als einer der angesehensten älteren Lehrer der Gelug-Tradition.

Nach Einschätzung des *Tibet Information Network* (TIN), London, ist der Abt des Klosters Kumbum, Provinz Qinghai, gegen den harten Kurs, den die chinesische Regierung in der Religionspolitik verfolgt, vor allem gegen die Umerziehungskampagne und die Ernennung des Panchen Lama durch die Kommunisten. Agya Rinpoche hatte einige Ämter inne. Er war u.a. Mitglied eines hohen Beratergremiums der Regierung sowie Vizepräsident der staatlichen *Buddhistischen Vereinigung Chinas* und in diesen Positionen in die chinesische Religionspolitik involviert. Wie TIN vermutet, stand er in einem Konflikt zwischen seiner religiösen Loyalität gegenüber dem Dalai Lama und seiner offiziellen Rolle in der Partei. Ausschlaggebend für seinen Entschluß mag auch gewesen sein, daß Agya Rinpoche ein enger Schüler des früheren Panchen Lama war, der im Jahr 1989 starb. TIN berichtet, daß der Gelehrte sich gegen Versuche der Chinesen gewehrt hatte, den von ihnen eingesetzten Panchen Lama im Kloster Kumbum studieren zu lassen. Dies wäre einer Anerkennung des Jungen als echten Panchen Lama

gleichgekommen. Kumbum gilt traditionell – nach Tashi Lunpo – als zweiter Sitz des Panchen Lama. Agya Rinpoche hat sich bisher noch nicht öffentlich über seine Motive geäußert; auch ist noch unklar, ob er in den USA um Asyl bitten wird. Ein Mönch aus Kumbum sagte Agenturberichten zufolge, der Abt sei seit Januar 1998 verschwunden. Damals sei er zu einer Tagung nach Peking gereist und habe dann überraschend darum gebeten, von der Sitzung beurlaubt zu werden, „weil er meditieren wolle“.

Während der Kulturrevolution hatte man den Gelehrten gezwungen, die Felder auf den Hügeln rund um das Kloster zu bestellen. Danach konnte er seine Studien in Kumbum wieder aufnehmen. Er machte sich daran, das in den 60er und 70er Jahren völlig zerstörte Kloster renovieren zu lassen. 1990 gründete der Abt die Schule mit dem Namen „Der blühende Garten der fünf Wissensgebiete“. Dort sollten Novizen die tibetische Schrift und Literatur lernen. Im August 1996 schlossen die Chinesen die Schule, weil sie Poster und Flugblätter fanden, auf denen die Unabhängigkeit Tibets gefordert wurde. In der Folge wurden 25 Studenten sechs Wochen lang im Kloster gefangen gehalten. Weiter plante Agya Rinpoche in Kumbum auf 55.000 Quadratmetern eine Bibliothek, in der die einzigartige Sammlung alter Schriften und Blockdrucke hätte Platz finden können. *bs*

Ngawang Choephel in Hochsicherheitsgefängnis verlegt

Der Exiltibeter und Musiker Ngawang Choephel ist – offenbar schon im Juli 1998 – erst ins berüchtigte Drapchi-Gefängnis und kurze Zeit später ins Hochsicherheits-Gefängnis Powo Tramo (500 Kilometer östlich von Lhasa) verlegt worden. Der Student, der ein Fulbright-Stipendium hatte, war wegen „Spionage für die tibetische Regierung im Exil“ während seiner Tibetreise 1995 zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dies ist die längste Haftstrafe, die je gegen einen politischen Gefangenen in Tibet verhängt wurde. Er hatte an einer Dokumentation über traditionelle Musik und Tanz gearbeitet. Berichten von TIN zufolge, die sich auf Aussagen geflohenen Häftlinge berufen, war Ngawang Choephel sehr besorgt über seine Verlegung. In Powo Tramo müssen die Häftlinge Zwangsarbeit leisten. Sie sind isoliert und dürfen keine Besuche empfangen. Nun dürfte die beantragte Revision des Urteils gegen ihn unmöglich geworden sein. TIN zitiert Mithäftlinge,

die sich besorgt über seinen Zustand äußerten: Der Musiker sei schwach und dünn, weil er wenig zu essen bekomme. Gefängnisbeamte hätten seinen Fotoapparat, seine Videokamera und seine literarischen und künstlerischen Arbeiten konfisziert. Die Häftlinge berichteten weiter, daß er gern seine Mutter, Sönam Dekyi, sehen würde. Bisher haben die Behörden ihr ein Visum für die Einreise nach Tibet verweigert. Unterdessen ist die Mutter Ngawang Choephels unterwegs in den USA und in Europa, um der Weltöffentlichkeit die Kunde vom Schicksal ihres einzigen Sohnes zu übermitteln. Die gesundheitlich angeschlagene Sönam Dekyi fordert die Freilassung ihres Sohnes, der unschuldig im Gefängnis eingesperrt sei, und ein Einreisevisum für Tibet, „so daß ich meinen Sohn sehen kann, bevor ich sterbe“. *bs*



Foto: Tibet Bureau

Sorge um Ngawang Choephel: Eine Revision des harten Urteils gegen ihn scheint unmöglich geworden zu sein.

Tibetische Führungskräfte weiter unter Druck

Die Kampagne der chinesischen Besatzer gegen jene tibetischen Führungskräfte, die dem Dalai Lama gegenüber loyal sind, geht nach Informationen des *Tibet Information Network (TIN)*, London, weiter. Zur Erinnerung: Im Mai 1996 starteten die Chinesen in Tibet die sogenannte Kampagne zur patriotischen Umerziehung. Im September 1996 verunglimpften sie den Dalai Lama als „Schlangenkopf“, den man „um jeden Preis zertreten muß, um dem Separatismus ein Ende zu machen“. Die Chinesen verhängten zu dieser Zeit besonders gegen tibetische Führungskräfte das Verbot, Fotografien des Dalai Lama oder religiöse Gegenstände zu besitzen. In ihrem neuen Anlauf vom November 1998 verfolgen sie den harten Kurs weiter, der mit Durchsuchungen in den Häusern tibetischer Beamter untermauert wurde. Inspektoren fahndeten nach Altären, religiösen Objekten, Butterlampen und Bildern vom Dalai Lama. Bei den Razzien sollen in einigen Häusern Statuen entwendet und Thangkas abgenommen worden sein.

TIN sieht diese Maßnahmen als ein Indiz dafür, daß es den Chinesen trotz großer Bemühungen nicht gelungen ist, die Autorität des Dalai Lama und der buddhistischen Tradition zu untergraben. Mit den Hausdurchsuchungen soll die Kampagne intensiviert werden, damit sie auf alle Ebenen der tibetischen Hierarchie greift. Der Vorsitzende des Parteikongresses in der „Autonomen Region Tibet“, Raidi, hatte in einer Rede, die bereits im Juli 1998 in der Zeitung *Tibet Daily* abgedruckt wurde, betont, daß Partei- und Religionszugehörigkeit sich nicht miteinander vereinbaren ließen: „Kommunisten dürfen keine religiösen Gläubigen sein“, sagte Raidi. Unverblümt nannte er als Ziel der patriotischen Umerziehung die „Indoktrinierung“; früher wurde die Kampagne immer als „Korrekturmaßnahme“ bezeichnet. Parteimitglieder, bei denen Fotos vom Dalai Lama gefunden werden, müssen ihren Job quittieren. Dabei geht es allein um „die Einheit und Sicherheit“ ganz Chinas, wobei Tibet aus Sicht der Chinesen das „südwestliche Tor Chinas“ ist. Der Parteivorsitzende betonte die besondere Rolle Tibets für die „politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Chinas“, aber auch strategisch gesehen zusammen mit dem Himalaya als „natürliche Verteidigung“. *bs*

Nach der Flutkatastrophe: Abholzungsstopp in Ost-Tibet

Die chinesischen Behörden beschlossen für die Zeit ab dem 1. September 1998 einen sofortigen Stopp aller Abholzungen in Osttibet. Damit reagierten sie nach Informationen des *Tibet Information Network (TIN)* auf die von ihnen anerkannte Tatsache, daß die Flutkatastrophe dieses Sommers im Zusammenhang mit massiver Waldrodung und nachfolgender Bodenerosion stand. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua im August 1998 berichtete, soll sich in der tibetischen Provinz Kham die von Erosion betroffene Fläche seit den 50er Jahren verdoppelt haben. Über 70 staatliche Firmen waren hier am Kahlschlag der Wälder beteiligt. Allerdings ist nur diesen großen Firmen die weitere Abholzung verboten, die etwa für die Hälfte des Walddraubs verantwortlich sind. Kleinunternehmer aus der Umgebung dürfen die Wälder weiter roden.

In einem 46.000 Quadratmeter großen Gebiet in Kham sollen Waldarbeiter nun mit der Wiederaufforstung und dem Schutz der Bäume beschäftigt werden. Weiter ist geplant, zusätzlich 90.000



Foto: Markus Bollen

Ganze Berghänge wurden in den vergangenen Jahrzehnten radikal abgeholzt.

Quadratkilometer Weideland, das zur Zeit von tibetischen Nomaden genutzt wird, teilweise in die Aufforstung miteinzuschließen. John Pomfret, Korrespondent der *Washington Post*, der vor Ort war, fragt sich jedoch, ob die hehren Pläne, die Peking schmiedet, von den lokalen Behörden wirklich umgesetzt werden. Denn diese fragen sich, wer die vorgesehenen Maßnahmen eigentlich bezahlen soll und wohin mit den Arbeitern, die von den staatlichen Holzfirmen beschäftigt wurden. Außerdem haben die Chinesen noch mit anderen Problemen zu kämpfen: Das Bevölkerungswachstum zieht einen immer größeren Landbedarf nach sich und stellt ökologische Belange hintan. So werden den ökologischen Plänen der Regierung vielleicht gar keine Taten folgen, wie man in China sagt: „Oben haben sie eine Politik, und unten gibt es Wege, diese zu umgehen.“ *bs*

Amnesty international gewinnt Prozeß gegen Bayern

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty international hat Ende Januar 1999 einen Prozeß gegen die bayerische Landesregierung wegen Beschneidung des Demonstrationsrechts gewonnen. Amnesty hatte 1995 anläßlich des Besuches des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin zusammen mit der Tibet-Initiative eine Mahnwache gegen Menschenrechtsverletzungen in Tibet organisiert. Als die Limousinen des Staatsgastes durchfahren, hatte die Polizei „zur Sicherheit“ einen großen Autobus vor den Demonstranten geparkt und eine Blaskapelle Marschmusik spielen lassen, um die Demonstration zu verdecken.

Das Verwaltungsgericht München bezeichnete nun das Verhalten der Landesregierung als rechtswidrig. Sie habe nach Aussagen des Vorsitzenden Richters das Ziel der friedlichen Demonstranten, Zemin auf sich aufmerksam zu machen, vereitelt. Amnesty bezeichnete die richterliche Rüge als „eine schallende Ohrfeige für die Regierung in München und einen Sieg der Meinungsfreiheit“. bs



Achtung Tibet-Freunde: Anläßlich des 40. Jahrestages des Volksaufstandes der Tibeter in Lhasa findet am Samstag, den 13. März 1999 eine europaweite Demonstration in London statt. Sie wird hauptsächlich organisiert von der Free Tibet Campaign, Telefon: 0044-171 833 9958, Fax: 0044-171 833 3838

Aufgeschnappt

- Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die erste Dekade des 21. Jahrhunderts zu einer „Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit für die Kinder in der Welt“ ausgerufen. Die Initiative geht auf einen Appell zurück, den 23 Friedensnobelpreisträger unterzeichnet hatten, u.a. Desmond Tutu, Nelson Mandela und der Dalai Lama.

- Die chinesischen Behörden in Lhasa haben Ende Oktober 1998 ein zweimonatiges „hartes Durchgreifen gegen die Kriminalität“ angekündigt, um „die politische Stabilität und den sozialen Frieden zu bewahren“, wie der Polizeichef mitteilte. Ähnliche Kampagnen in China führten nach Aussagen chinesischer Zeitungen in der Vergangenheit zu Verhaftungen und Exekutionen.

- „Alle lebenden Buddhas müssen patriotisch sein“, sagte Ma Chongying aus dem Büro für Minoritäten- und Religions-Angelegenheiten in Peking. „Wenn du nicht patriotisch bist, gibt es so etwas wie einen lebenden Buddha nicht. Dies ist ein unwandelbares Prinzip.“

- In Tibet wird das erste SOS-Kinderdorf entstehen. Die chinesischen Behörden haben am Rande Lhasas ein Grundstück kostenlos zur Verfügung gestellt. Helmut Kutin, Präsident der Organisation SOS-Kinderdorf freut sich, daß es „nun möglich ist, notleidenden Kindern in Tibet selbst zu helfen“. Bisher wurden tibetische Kinder, besonders Flüchtlinge, in Indien und Nepal mitbetret.



Fotos: Peter Köst

Fackelzug für Tibet in Hamburg Einen Dialog des Dalai Lama mit Jiang Zemin forderten anläßlich des 50. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Tibetfreunde in Hamburg. Sie zogen am 10. Dezember 1998 mit einem Fackelzug vor das chinesische Konsulat, um Petitionen an den Generalkonsul zu übergeben, der sich jedoch nicht blicken ließ. Vertreter des Tibetischen Zentrums zündeten 1216 Lichter an – ein Licht für jeden politischen Gefangenen in Tibet –, um die Menschenrechtsverletzungen anzuprangern.